

Handyverbot in Schulen: Konzentration statt Ablenkung für unsere Kinder!

Das neue bundesweite Handyverbot für Schulen, beschlossen von Bildungsminister Wiederkehr, soll am 1. Mai 2025 gelten.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Ein bahnbrechendes Gesetz bringt frischen Wind in die Schulwelt! Ab dem 1. Mai 2025 wird es in Volks-, Mittel- und Sonderschulen sowie an AHS-Unterstufen bundesweit Handyverbot geben, wie Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) verkündete. Trotz eines schon bestehenden Regelungsrahmens für Handynutzung, war die Umsetzung in vielen Schulen unklar. Das neue Gesetz zielt darauf ab, Schulen zu Orten der Konzentration zu machen, da Mobiltelefone zunehmend als „Konzentrationskiller“ angesehen werden. Wiederkehr erklärte, dass Handys nicht nur ablenken, sondern auch Konflikte unter Schülern verursachen können, was die Lernatmosphäre stört.

Das Verbot schafft Klarheit für Lehrer und Erzieher, die oft Schwierigkeiten hatten, die Handynutzung zu regulieren. Stattdessen können Schulen nun autonom festlegen, wie das Verbot umgesetzt wird. Es werden jedoch Ausnahmen für den Unterricht sowie für Schüler mit besonderen Bedürfnissen erlaubt, beispielsweise bei Bedarf wegen gesundheitlicher Aspekte, wie im Ministerratsvortrag erwähnt wird. Parallel dazu wird die digitale Bildung ausgebaut, um den Schülern eine sichere und kompetente Nutzung digitaler Medien zu vermitteln. „Durch digitale Grundbildung soll in weiterer Folge auch altersgerecht der Umgang mit elektronischen Endgeräten Platz in der Schule haben“, so der Generalsekretär der Volkspartei, Nico Marchetti. Laut der **Volkspartei** wird dieses Verbot als Win-win-Maßnahme angesehen, die nicht nur Lehrkräfte und Eltern, sondern letztlich auch die gesamte Gesellschaft profitiert.

Schulen im Fokus

Die genaue Umsetzung des Verbots obliegt den Schulen selbst, wodurch eine flexible Handhabung ermöglicht wird. Viele Bildungseinrichtungen haben bereits intern Handynutzungsrichtlinien erlassen, doch die neue Regelung wird den Lehrpersonen den Rücken stärken und eine einheitliche Schulpolitik unterstützen. Der Minister appellierte zudem an die Schulen, sich mit den Herausforderungen der digitalen Welt auseinanderzusetzen und Schüler zu sensibilisieren, um sie vor Gefahren wie Cybergrooming zu schützen. Initiativen zur digitalen Bildung sollen nicht nur gefördert, sondern auch weiterentwickelt werden, um eine umfassende Medienkompetenz zu garantieren, welche für die Zukunft unerlässlich ist.

Das Gesetz wird als ein Schritt zu einem fokussierteren und sichereren Lernumfeld in Österreich betrachtet, wobei die Notwendigkeit besteht, digitale Grundbildung in den Schulalltag zu integrieren und gleichzeitig die Sicherheit der Schüler zu gewährleisten. Der kommende freiwillige Verzicht auf Handys soll diesen Veränderungen Rechnung tragen, wie auch **Die**

Presse ausführte.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at